

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Kummelsheim, Bensch, Dorsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfriedberg, Klinge, Köhler, Lindhardt, Pommer, Standert, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 1.—, 1/2jährlich Mk. 5.—, jährlich Mk. 10.—. Durch die Post bezogen einl. der Postgebühren Mk. 2.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 40 Pfg., auswärts 75 Pfg., 10-spaltige 1.20, 12-spaltige 1.50, 14-spaltige 1.80, 16-spaltige 2.00, 18-spaltige 2.20, 20-spaltige 2.40, 22-spaltige 2.60, 24-spaltige 2.80, 26-spaltige 3.00, 28-spaltige 3.20, 30-spaltige 3.40, 32-spaltige 3.60, 34-spaltige 3.80, 36-spaltige 4.00, 38-spaltige 4.20, 40-spaltige 4.40, 42-spaltige 4.60, 44-spaltige 4.80, 46-spaltige 5.00, 48-spaltige 5.20, 50-spaltige 5.40, 52-spaltige 5.60, 54-spaltige 5.80, 56-spaltige 6.00, 58-spaltige 6.20, 60-spaltige 6.40, 62-spaltige 6.60, 64-spaltige 6.80, 66-spaltige 7.00, 68-spaltige 7.20, 70-spaltige 7.40, 72-spaltige 7.60, 74-spaltige 7.80, 76-spaltige 8.00, 78-spaltige 8.20, 80-spaltige 8.40, 82-spaltige 8.60, 84-spaltige 8.80, 86-spaltige 9.00, 88-spaltige 9.20, 90-spaltige 9.40, 92-spaltige 9.60, 94-spaltige 9.80, 96-spaltige 10.00, 98-spaltige 10.20, 100-spaltige 10.40. — Die Anzeigen-Vermittlungen nehmen keine Gebühren an. — Die Anzeigen werden von den Anzeigern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänge & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 74

Freitag, den 24. Juni 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die Verordnung des Arbeitsministeriums über Brennholz vom 8. Mai 1920 ist am 31. März 1921 außer Kraft getreten. Eine Erneuerung der Brennholzverordnung für das laufende Wirtschaftsjahr erfolgt nicht. Damit fallen auch die Zulassungen von Brennholz durch die Bezirkskohlenstelle und die Ortskohlenstelle des Bezirks fort. Jeder Verbraucher hat nunmehr wieder die Möglichkeit sich seinen Bedarf an Brennholz selbst zu versorgen.

Grimma, 21. Juni 1921. Die Amtshauptmannschaft. Bezirkskohlenstelle Grimma-Land.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Regierung hat zur Binderung der dringenden Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.
- * Die englischen Mitglieder der Interalliierten Kommission für Oberschlesien drängen auf baldige Entscheidung.
- * Dem Reichstag ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Verschärfung der Geschäftsordnung zugegangen.
- * Bei einem Grubenunglück in Hernie (Belgien) sind 86 Bergleute getötet und 68 verletzt worden.
- * In Deutsch-Oesterreich ist ein Beamtenkabinett mit dem bisherigen Wiener Polizeipräsidenten Schober als Bundeskanzler gewählt worden.
- * Lloyd George sprach vor den englischen Kolonialministern über die Lage der Weltpolitik, darunter auch über Deutschlands Entwaffnung, Oberschlesien usw. und entwickelte Pläne zur allgemeinen Kräftigung.
- * Aus Athen verlautet, die griechische Offensive gegen die türkischen Nationalisten sei um einen Monat verschoben.

Die Kette ohne Ende.

Reichskanzler Wirths Essener Rede mußte durch ihre Hoffnungslosigkeit überraschen, trotzdem bekannt ist, daß der Kanzler glaubt, mit Hilfe seiner Finanzpläne die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches überwinden zu können. Denn die unbedingte Sicherheit, die verlangten Summen aufbringen zu können, hatte man bis jetzt von Seiten der Regierung Wirth nicht gehört, nur Minister Rathenau hatte im Reichstag vorsichtig angedeutet, er halte die Erfüllung der Ententeforderungen für möglich. Am Tag nach der Essener Rede hat der Reichsrat ebenfalls Finanzfragen besprochen, und man muß sagen: das, was in dieser Besprechung erwähnt wurde, ist recht wenig geeignet, die Hoffnungen des Reichskanzlers zu stützen.

Es wurde im Reichsrat festgestellt, daß das Reich im laufenden Jahr für einen Betrag von 159 1/2 Milliarden Mark Deckung suchen muß. Der Jahresbedarf für die Reparation — zusammengesetzt aus den Leistungen auf Grund des Ultimatums, den laufenden Leistungen für die Besatzungstruppen usw. — beträgt 106 Milliarden Papiermark, hinzu kommen 49 Milliarden aus dem ordentlichen Haushalt und 4 1/2 Milliarden aus dem außerordentlichen Haushalt, die nicht durch Einnahmen ausgeglichen werden können. Aufsehen und die Erträge von Steuern, die einfließen noch nicht existieren, sollen hier ausreichen — ein Verfahren, das als Musterbeispiel für eine geordnete Staatswirtschaft wirklich nicht aufgestellt werden kann. Noch niederschlagender aber ist die Ursache, die dieses ungeheure Anwachsen der Verwaltungskosten des Reiches verschuldet hat: Die Absicht der Regierung, in diesem Jahr weniger zu verbrauchen als in dem Entwurf des Etats vom Reichstag bewilligt worden war, hat sich nicht verwirklichen lassen. Damit ist die Aussicht, durch Ersparnisse wenigstens einen Teil der ungeheuren Fehlbeträge einzubringen, zunichte geworden. Besondere Hoffnungen kann es auch nicht hervorrufen, daß der Reichsrat 10 Millionen Mark, die das auswärtige Amt verlangt, verweigert hat, denn gleichzeitig sind neue 200 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge (im ganzen für diesen Zweck 1200 Millionen Mark) bewilligt worden und 7 1/2 Milliarden Mark für die Verbilligung von Lebensmitteln.

Demgegenüber hat der Reichskanzler, dem ja diese Zahlen schon vor ihrer Veröffentlichung bekannt sein mußten, in Essen erklärt, die Tatsache, daß im vorigen Jahre 45 Milliarden Mark an Steuern bereitgebracht werden konnten, berechtige zu den besten Hoffnungen und lasse es als sicher erscheinen, daß die Einnahmen in diesem Jahr aus den schon bestehenden Steuern noch höher sein werden. Diese Angaben und diese Hoffnungen sind zweifellos richtig, aber der Kanzler erwähnte nicht, daß die 45 Milliarden Steuererträge nur die Hälfte des inneren Reichsbedarfs gedeckt haben und gar nur ein Drittel der gesamten Ausgaben, die das Reich im vorigen Jahre zu leisten hatte. Angesichts der riesigen Summen, die in diesem Jahre aufzubringen sind — 108 Milliarden für die allgemeine Reichsverwaltung, 16,2 Milliarden für außerordentliche Ausgaben und 106 Milliarden für die Reparationen — muß man sich fragen, ob die Steuererträge

in diesem Jahr nicht einen noch geringeren Teil der Ausgaben aufbringen werden und woher die anderen großen Teilbeträge gedeckt werden sollen. Freilich — das Reichsfinanzministerium plant, eine ganze Reihe neuer Steuern einzuführen, und eben jetzt verbreitet es eine Liste dieser Steuern. Da finden sich Ergänzungen zum Reichsnotopfer, zur Abgabe vom Vermögenszuwachs, zum Kapitalfluchtgesetz, zur Körperschaftsteuer, zum Branntweinmonopol, Erhöhungen der Zuck-, der Rohlensteuer, der Abgaben von Bier, Mineralwasser, Leuchtmitteln und Zündwaren, neue Steuern auf den Kapitalverkehr, den Umsatz, auf Versicherungen, Kraftfahrzeuge und Rennwetten. Und zweifellos werden alle diese Steuern erhebliche Erträge abwerfen, selbst wenn man von vornherein berücksichtigt, daß die Erhöhung der Preise von Verbrauchsartikeln, die sie zur Folge haben, Einschränkungen im Verbrauch dieser Artikel herbeiführen werden. Trotzdem, das kann nochmals betont werden, werden sie große Summen abwerfen.

Aber es darf nicht vergessen werden, daß diese Summen zum großen Teil nur auf dem Papier stehen und wohl eine zahlenmäßige, aber nicht eine tatsächliche Erhöhung der Reichseinnahmen bedeuten. Denn die Belastung mit neuen Abgaben und ihre Folgerückwirkung, die Preiserhöhungen, werden neue Lohn- und Gehaltsaufschüßelungen unumgänglich machen, damit eine Vermehrung des Papiergeldes und ein neues Sinken des Marktwertes auf dem internationalen Markt erzwingen — eine Kette ohne Ende. Diese Kette hat schließlich auch den vom Reichskanzler rühmend hervorgehobenen großen Steuerertrag des vergangenen Jahres von 45 Milliarden Mark herabgebracht, das heißt, diese Summe ist nur dadurch entstanden, daß der Umsatz des Papiergeldes im inneren Deutschland zunahm, und die 45 Milliarden stellen deshalb zwar eine große Zahl, aber einen bei weitem weniger großen Wert dar.

Man kann nach solchen Überlegungen die Worte des Kanzlers kaum so hoffnungsfreudig aufnehmen, wie er sie ausgesprochen hat, und vielleicht teilt er heute selbst schon nicht mehr seine Hoffnung vom Sonntag, denn ganz abgesehen von seinen sonstigen Plänen — kommt aus Paris eine Meldung, die ihm einen der wichtigsten Posten aus seinem Reparationsprogramm zu entziehen droht: Der „Temps“ erklärt, die Alliierten stünden auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung des Reparatursatzes im Inlande nicht eine Erhöhung der Preise für die an Frankreich und Belgien zu liefernde deutsche Reparationsstoffe zur Folge haben dürfte. Die Erhöhung des Rohlenpreises bis auf die Höhe der Weltmarktpreise aber war in dem finanziellen Reparationsproblem des Kanzlers einer der wichtigsten Faktoren. Wenn die Entente sich wirklich darauf verstehen sollte, diesen Faktor auszuscheiden, so erscheint es fraglich, ob Dr. Wirth für ihn Ersatz finden wird.

Die kommenden Steuervorlagen.

Das Reichsfinanzministerium gibt eine Übersicht über die künftigen Steuervorlagen, die der Fertigstellung nahe sind und wohl in letzter der öffentlichen Beurteilung unterliegen werden. Dazu gehören die Novelle zu den Gesetzen über das Reichsnotopfer und über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und der Entwurf zur Änderung des Kapitalfluchtgesetzes. Aus dem Gebiet der Verbrauchabgaben sind die Gesetze über die Erhöhung der Zuckerversteuer, über das Zündstoffmonopol und über die Verlängerung der Rohlensteuer erwähnt; alle drei Novellen sind bereits den Ausschüssen des Reichstags zugegangen.

Andere Entwürfe unterliegen augenblicklich noch der Beratung des Reichsrates und seiner Ausschüsse. Hierzu gehört insbesondere das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn, durch das bekanntlich der bereits bestehende Steuerabzug in der Weise ausgebaut werden soll, daß er nicht mehr wie bisher eine Abschlagsabgabe auf die Einkommensteuer darstellt, sondern in weitem Umfange eine nachträgliche Veranlagung überhaupt einschließt macht. Ferner ist erwähnt die Novelle zum Körperschaftsteuergesetz, die neben mehreren anderen bedeutungsvollen Änderungen des geltenden Gesetzes eine wesentliche Tarifserhöhung bringen wird. Außerdem ist eine Novelle zum Branntweinmonopolverordnungsgesetz vom Reichsrat verabschiedet worden; sie wird bereits in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen.

Außer den genannten Vorlagen befinden sich noch eine größere Anzahl Steuerentwürfe in Vorbereitung. Zunächst ist die Erhöhung verschiedener Verbrauchsabgaben geplant, so vom Tabak, dem Bier, dem Mineralwasser, den Leuchtmitteln und Zündwaren. Auch die Erhöhung gewisser Zölle ist beabsichtigt, und es schweben Erwägungen wegen einer Erhöhung der Rohlensteuer. Ferner nähern sich die Vorberatungen zu einem Kapitalverkehrssteuergesetz ihrem Ende; dieses Gesetz wird insbesondere den Gesellschaftsstempel erhöhen und den Börsen- und Devisenumsatz steuerlich stärker heranziehen. In Vorbereitung sind außerdem Gesetzentwürfe zur Befreiung der Versicherungen, Kraftfahrzeuge und der Rennwetten. Auch das Verbrauchsteuergesetz, das bekanntlich die Grundlage für den steuerlichen Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden darstellt, wird durch eine Novelle ergänzt werden müssen. Wichtig ist darauf erwähnt zu werden, daß auch mit einer wesentlichen Erhöhung der Umsatzsteuer demnächst gerechnet werden muß.

Weiter wird zurzeit geprüft, inwieweit und in welcher Weise ein Ausgleich für die unvermeidliche schwere Belastung des Verbrauches durch eine weitere Belastung des Besitzes erfolgen kann, wobei insbesondere eine geeignete Erhöhung der durch die wirtschaftliche Entwicklung eingetretenen Verschöb-

in den Vermögensverhältnissen und Vermögenswerten erfolgen werden muß.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Noch eine Ranzlerrede in Essen.

Bei einem Empfang des Reichskanzlers durch die Stadtbehörden antwortete Dr. Wirth, indem er sagte, die Reichsregierung habe Ziel und Richtung der großen Politik vorgezeichnet. Diese Politik sei im Volke im weitesten Maße verstanden worden. Die Politik der Verständigung und Versöhnung nach innen und außen dürfe nicht scheitern. Sie müsse vielmehr von Tag zu Tag vertieft und erweitert werden. Wo ein Wille sei, und zwar ein einheitlicher Wille, werde sich auch ein Weg finden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Dieses Ziel sei, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen. Der Wille, aufrichtig und treu dem erkannten Ziele zuzustreben, müsse fest stehen aus großer Liebe zum Vaterland und zum Volke.

Deutschland hat das Ultimatum erfüllt.

Im englischen Unterhause antwortete Chamberlain auf die Frage, ob Deutschland in jeder Hinsicht die Bedingungen des Ultimatums, das die Alliierten ihm vor kurzem mit Bezug auf die Durchführung des Vertrages von Versailles überreichten, ausgeführt habe, die Bedingungen des Ultimatums seien entweder tatsächlich erfüllt worden oder seien in der Durchführung begriffen. Für einige Bedingungen sei die gefetzte Frist noch nicht abgelaufen.

Keine Kommunisten in Amtstellungen.

Der preussische Minister des Innern, Dominicus, hat an die Oberpräsidenten usw. einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt: „Nach der Haltung, welche die Kommunisten bei den letzten Unruhen gezeigt haben, und ihrer fortgesetzten Wort und Schrift bekundeten, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Propaganda können Anhänger dieser Richtung nicht für geeignet erachtet werden, ein wichtiges obrigkeitliches Amt in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, insbesondere das eines Landrats, Amtsvorstehers, Bürgermeisters oder Gemeindevorstehers zu bekleiden.“ Der Minister ersucht, überall nach diesen Gesichtspunkten zu verfahren, falls Entscheidungen zu treffen seien.

Schärfere Geschäftsordnung im Reichstag.

Die letzten turbulenten Vorgänge im Reichstag haben zu einem Antrag zur Verschärfung der Geschäftsordnung geführt. Er stammt von dem deutschvölkischen Abgeordneten Prof. Dr. Kahl und fordert die Änderung der Geschäftsordnung im folgenden Sinne: „Wenn ein Abgeordneter den Anordnungen des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten trotz dreimaliger Verwarnung nicht Folge leistet, kann er für die Dauer von vier Wochen von den Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen werden. Für diese Zeit wird dem betreffenden Abgeordneten die Ausweklarte entzogen und die Aufwandsentschädigung gesperrt.“

Die Französisierung des Saargebietes.

Der Rat des Völkerbundes in Paris verhandelt über die Verwaltung des Saargebietes. Insbesondere soll die französische Besatzung bleiben. Als Bürger des Saargebietes sollen sie nicht mehr ausgewiesen werden können. Die Einführung des französischen Geldes bleibt seinen Antrag zum Einschreiten. Die den deutschen Protest ablehnenden Entscheidungen sollen der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

Gewerkschaftler gegen die Sanktionen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtete an die Reichsregierung eine Eingabe, in der er im Namen seiner 2 1/2 Millionen Mitglieder die schleunige Befreiung der gegen Vorkauf und Sinn des Friedensvertrages verhängten Sanktionsmaßnahmen der Entente verlangt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund werde mit allen seinen Kräften hinter allen Maßnahmen stehen, die von der Reichsregierung zur Befreiung der dem Gedanken friedlicher Annäherung der Völker hobnsprechenden Sanktionsmaßnahmen getroffen werden.

Deutsch-Oesterreich.

Ein Beamtenkabinett Schober. Die letzten Tage brachten eine Verständigung der Christlichsozialen und Großdeutschen. Die Großdeutschen verzichten auf die Volksabstimmung in Steiermark, die Christlichsozialen auf jede parteimäßige Vertretung in dem neuen Ministerium. Es wird ein neues Beamtenkabinett mit dem bisherigen Polizeipräsidenten Schober als Bundeskanzler vom Nationalrat gewählt. Das Ministerium des Innern wird entweder der Gesandte in London, Frankenstein, oder der Gesandte in Paris, Eichhoff, übernehmen. Die übrigen Beamtenminister bleiben im Kabinett. Kein Parlamentarier ist im Kabinett, das den Charakter eines Übergangsministeriums hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Herr Oskar W. Müller ist zum Ministerialdirektor und Leiter der Vereinigten Pressabteilung der Reichsregierung ernannt worden.
München. Der Führer der Münchener Erwerbslosen-

en nicht träge, die Jagd zu gestalten, zu haben be die Felder Damen sind erobert, das zur Geltung diese Ratten-troischenfällen daß sie mit ich einen be Die neue Boden. Ritzgroße Ratten-mit dem Er-Strecke ge- dem Wollschaf. 11 Uhr. Kinder. ml 1921. 40 Pfg. 60 u. 80 25-40 50 200-350 130 500 450 200-400 700 40-50 25-30 Liter 300 Pfund 250 130-140 ind 300 10-11 Mk. 160-300 Mk. mit Küchen-ufm.-Fam. ion des. Blattes. adrama Roman von eldt. les Deutschen inktl. 1/4 Uhr est prig. Künstler von Glaue-m Schluß ein en. stiger Witte-g wegen der dmannshain. ag Abend 6 Uhr chverkauf 4 Mark. Mädchen gesucht. Angeb. in die Exp. ds. Bl. nkbar am 2. Tage. l. in H. Wenn reierisch ange-tel versagten. Sie sich bei törung nur an nicht- st vollkommen Garantie. Zu- öllig disk. r. Hamburg, Kappt. 1 hner. verkaufen. gen del Leipzig. Tel. 15585.